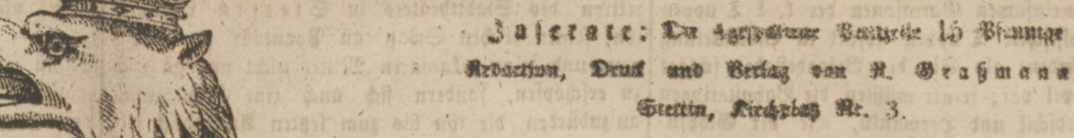
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 16. April 1879. Nr. 176.

Deutschland.

** Berlin, 15. April. Für die vom Vorsitzenden des Justiz-Ausschusses des Bundesraths, Staatssekretär Dr. Friedberg, auf heute Nachmittag angesetzte Sitzung dieses Ausschusses zur Vorbereitung der vom Bundesrath zu vollziehenden Wahlen für die Richterstellen am Reichsgericht zu Leipzig sind gestern die letzten Vorschläge Seitens der Bundesregierungen hier eingetroffen. Die Wahlliste geht nach der heutigen Sitzung von dem Justizausschuß an den Bundesrath, welcher seinerseits die von ihm definitiv gewählten Namen dem Kaiser zur Bestätigung unterbreitet. Alle anderweiten Meldungen, namentlich die der „Nat.-Ztg.“, daß die Wahlen bereits perfekt und allerhöchst vollzogen seien, sind vollkommen unrichtig.

In Bezug auf die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs betreffend die Regelung des Gütertarifs auf Eisenbahnen sind die Vorarbeiten bereits im Reichskanzleramt in Angriff genommen. Auch steht die Bezeichnung der von den Regierungen zu ernennenden Mitglieder der besonderen Kommission in nächster Zeit zu erwarten, so daß zur Ausarbeitung des Entwurfs durch diese Kommission demnächst geschritten werden kann.

In Betreff der Betheiligung des deutschen Reichs an der australischen Ausstellung zu Sidney und Melbourne hat ein hiesiges Blatt bereits gemeldet, daß dem Bundesrath eine bezügliche Vorlage zugehen werde. Wie ich höre, ist der Geh. Regierungsrath Professor Reuleaux beauftragt, die Vorarbeiten für die Betheiligung zu leiten.

Nach Artikel 4 der Reichsverfassung untersteht das Versicherungswesen dem Reiche. Bereits vor längerer Zeit sammelte man Material für die Regelung dieses Gebietes. Mit Rücksicht auf die Arbeiten für die wichtige Justiz-Organisation unterblieben jedoch bisher weitere Schritte in der Angelegenheit. Neuerdings sind nun die Vorarbeiten für die Entwerfung eines Reichs-Versicherungsgesetzes wieder in Angriff genommen. Auch die Arbeiten für die Vorlage eines Viehseuchengesetzes sind so weit gediehen, daß der Abschluß noch rechtzeitig genug zu erwarten ist, um diesen Entwurf dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session vorlegen zu können.

Zwischen dem deutschen Reiche und Dänemark ist durch Auswechselung von Erklärungen der beiderseitigen Regierungen unter dem 4. April eine Uebereinkunft dahin getroffen worden, daß in Bezug auf die Bezeichnung oder Verpackung der Waaren, sowie bezüglich der Fabrik- oder Handelsmarken die Angehörigen des deutschen Reiches in Dänemark und die dänischen Staatsangehörigen in Deutschland denselben Schutz wie die Inländer genießen sollen. Die Uebereinkunft soll in Kraft bleiben bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung durch den einen oder den anderen Theil.

Berlin, 15. April. Das Attentat auf den Kaiser Alexander, bemerkt die „Berl. B.-Z.“, so großes Aufsehen und eine so tiefgreifende Erregung es auch in allen politischen Kreisen hervorrufen mußte, hat die Börse doch fast ganz unbeeinflußt gelassen und es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß man von der an sich so traurigen Angelegenheit nur vorübergehend sprach. Freilich sind die Attentats-Nachrichten aus Rußland in letzter Zeit so zahlreich gekommen, daß sie nicht mehr überraschen, man glaubte aber Grund zu der Annahme zu haben, daß der politische Mord, der jetzt in Rußland sein häßliches Haupt so hoch trägt, sich an den Kaiser selbst doch nicht heranwagen würde. Daß dies geschehen, daß die Parteien der Verwüstung, die ja angeblich für die Erlösung des russischen Volks kämpfen, nun auch das Leben des Kaisers Alexander antasten, jenes Kaisers, der mehr als irgend ein früherer Monarch gerade für die Befreiung der russischen Nation aus den Banden der Unkultur, der Rohheit und Gewalt, der Leibeigenschaft gewirkt hat, dieses Faktum ist jedenfalls von höchster Bedeutung und zeigt, daß das Verbrechen in Rußland vor Nichts mehr zurückschreckt. Das Attentat eröffnet aufs Neue eine trostlose Perspektive auf die inneren Zustände Rußlands, deren Gährungsstadium eine immer höhere Spannung zu erreichen scheint. Wenn trotz alledem die russischen Fonds durch die Petersburger Nachrichten nicht affizirt wurden, so giebt dieser Umstand einen Maßstab für die Gewalt der Haussetenden. Andererseits mag auch der Umstand mitgewirkt haben, daß das Geschäft in russischen Fonds, Noten ꝛc. zur Zeit überhaupt nicht groß ist und daß spekulative Engagements nur in unwesentlichem Grade bestehen. Endlich giebt sich die Börse wohl der Ansicht hin, daß das Attentat auf den Kaiser selbst die russische Regierung veranlassen werde, alle Energie anzuspannen, um der Nihilisten und ihres verbrecherischen Treibens Herr zu werden.

— Wie auswärtigen Blättern von hier geschrieben wird, hat der Handelsminister ein Reskript an die Eisenbahnverwaltungen erlassen, sozialdemokratische Druckschriften nicht zu befördern, sondern der Polizei zu übergeben. Die Privatbahnen halten die Anordnung für kaum durchführbar.

— Die Frage der Einziehung der Silberthaler, schreibt man der „Allg. Ztg.“, welche schon seit einiger Zeit auf der Tagesordnung steht, hat Veranlassung gegeben, von Neuem die andere Frage zur Erwägung zu stellen: ob eine Vermehrung der Reichs-Silbermünzen in Aussicht zu nehmen sei. Die Frage ist schon vor einigen Jahren im Bundesrath diskutirt worden. Damals wurde geltend gemacht: der Verkehr bedürfe eines größeren Quantums Silbermünzen, als § 4 des Reichsmünzgesetzes „bis auf Weiteres“ auszuprägen gestattet. Das Gesetz vom Jahre 1873 bezeichnet als Maximum der Silbermünzen 10 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Damals war von einer Vermehrung dieses Betrages um 3 Mark pro Kopf die Rede. Bei den kürzlich vorgenommenen Erörterungen sollte eventuell nur eine Vermehrung von $2^1/_2$ Mark pro Kopf in Aussicht genommen werden. Das Resultat der Erörterungen war ein negatives; die Absicht wurde vorläufig aufgegeben. Möglicherweise aber ist damit zugleich auch die Absicht, die Thalerstücke einzuziehen, vorderhand zurückgetreten. Denn das liegt doch auf der Hand: das Reich kann die Silberthaler nicht einziehen und das Silber mit einem Male mit Verlust verkaufen, auf die Gefahr hin, später, wenn eine Vermehrung der Silbermünzen doch beschlossen werden sollte, zu neuen Silber-Ankäufen schreiten zu müssen. Aus dieser nicht hinlänglich geklärten Sachlage scheinen die immer wieder auftauchenden Gerüchte zu stammen: dem Reichstag solle eine auf Vermehrung der Silbermünzen bezügliche Vorlage gemacht werden.

— Vor dem Eintritt in die Berathung über den Zolltarif im Bundesrathe hat nicht nur der oldenburgische, sondern auch der hanseatische Bundeskommissar Senator Dr. Plessing eine Erklärung abgegeben, welche also lautet:

„Die Bevollmächtigten für Lübeck, Bremen und Hamburg, um nicht durch Stellung besonderer Anträge bei den einzelnen Artikeln des Zolltarifs die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage unnöthig zu erschweren, erklären, daß sie beauftragt sind, zwar für die in Folge der Heidelberger Konferenzen beantragte Erhöhung der Zölle auf Wein, getrocknete Südfrüchte, Kaffee, Thee, Tabak und Mineralöle, aber gegen die Auflegung eines Eingangszolles auf Getreide und Vieh, so wie auf Nutzholz und Bauholz zu stimmen, übrigens aber auch, wo sie die anderen Vorschläge nicht für richtig halten, nicht in jedem einzelnen Fall die Herstellung des gegenwärtig bestehenden Zollsatzes beziehungsweise der gegenseitig bestehenden Zollfreiheit zu beantragen.“

Im Bundesrath war Einverständniß darüber, daß der Gesetzentwurf möglichst bald dem Reichstage vorzulegen sei und die Aufstellung der Motive dem Präsidenten des Reichskanzleramtes mit dem Anheimstellen überlassen bleibe, hierbei diejenigen Arbeitskräfte heranzuziehen, deren Mitwirkung im Interesse schleuniger und sachgemäßer Behandlung zweckmäßig scheine.

— Dem — sehr kurzen Votum — der Majorität der Tarifkommission über die Getreidezölle entlehnen wir folgende Ausführungen:

„Die Frage der Zweckmäßigkeit einer Wiedereinführung der Zollpflicht landwirthschaftlicher Produkte, wie solche bis zum Jahre 1865 bestanden hat, findet ihre Beantwortung in der Betrachtung, daß die einheimische Landwirthschaft unter dem Drucke der über das Bedürfniß der Konsumtion weit hinausgehenden Zufuhr im Auslande erzeugter Cerealien nicht mehr diejenigen Gelderträge zu erzielen vermag, welche den auf die Produktion gemachten Aufwendungen an Kapital und Arbeit entsprechen. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts weisen überzeugend darauf hin, daß nicht allein die durch den Hinblick auf frühere günstige Erträge in einem vielleicht unverhältnißmäßigen Grade gesteigerten Kauf- und Pachtpreise zum landwirthschaftlichen Betriebe benutzter Grundstücke der Gewinnung einer angemessenen Bodenrente hinderlich gewesen sind, daß vielmehr in noch höherem Maße die durch natürliche und künstliche Erleichterungen in der Produktion und im Transport bevorzugte Zufuhr aus dem Auslande die Preise zu einer rückläufigen Bewegung genöthigt hat. Ein weiterer Fortschritt in dieser Bewegung birgt die Gefahr ernster Erschütterungen der Stabilität des Grundbesitzes und des landwirthschaftlichen Gewerbes in sich und giebt der Besorgniß Raum, daß die Versorgung des einheimischen Marktes mit den zur Volksernährung nothwendigen Früchten nicht minder wie die Bestimmung des Preises derselben vom Auslande abhängig werden könnte.

Die Wiedereinführung eines wenn auch mäßigen Zolles auf die Einfuhr derjenigen Früchte, welche einen solchen überhaupt mit Rücksicht auf die berechtigten Interessen der einheimischen Konsumtion und des nationalen Handels zu ertragen vermögen, verspricht jener Besorgniß zu begegnen und eine Ausgleichung für die der einheimischen Landwirthschaft versagten, günstigeren Produktionsbedingungen des Auslandes herbeizuführen, sie berechtigt zu der Erwartung, daß sich ein angemesseneres Verhältniß zwischen dem Preise der Früchte und dem auf ihre Herstellung gemachten Aufwande heranbilden werde, und sie stellt zugleich eine wesentliche Vermehrung auch des Fruchtertrages in Aussicht.

Auch dem Handel wird ein Zoll auf die landwirthschaftlichen Bodenerzeugnisse keinen erheblichen Nachtheil bringen. Das Bedürfniß des Inlandes zum Bezuge ausländischer Bodenprodukte wird für die nächsten Jahre nur insofern verringert werden, als eine höhere Produktion der deutschen Landwirthschaft eintritt und die Befriedigung dieses Bedürfnisses wird dem deutschen Handel verbleiben. Was aber seine Vermittelung bei der Versorgung fremder Märkte betrifft, so läßt sich kein hinreichender Anhalt für die Annahme auffinden, daß diese Vermittelung nicht ferner werde eintreten können. Soweit aber wirklich durch die im finanziellen Interesse des Reiches ebenso wie im volkswirthschaftlichen Interesse des mit der Bodenbearbeitung befaßten Gewerbes gebotene Einstellung eines Zolles auf Cerealien ein Rückgang im Handelsverkehre hervorgerufen werden sollte, wird um dieses Nachtheils willen auf jene Maßregel nicht verzichtet werden dürfen, von welcher eine Abwendung schwererer Schäden zu erhoffen ist.

— Ueber eine den wirthschaftlichen Fragen gewidmete Versammlung wird dem „W. T.-B.“ aus Köln telegraphirt:

Die heute (am 15.) hierselbst im Gürzenich behufs Fassung einer Resolution zur Wirthschaftsfrage abgehaltene Versammlung war sehr zahlreich besucht. Die von dem Komité vorgeschlagene Resolution lautet: Deutschland bedarf zur Entwickelung und Erhaltung seiner produktiven Kräfte neben einer rationelleren Gestaltung des Eisenbahn-Tarifwesens einer festen, von nationalen Rücksichten geleiteten Wirthschafts- und Handelspolitik. Zu diesem Zwecke muß der schon seit dem Jahre 1865 verfolgte Weg verlassen und ein System von Grenzzöllen errichtet werden, wodurch die von der freien internationalen Konkurrenz gefährdeten Gebiete der vaterländischen Produktion hinreichend geschützt werden. Diese Zölle sind nach sorgfältiger Prüfung und sachgemäßer Abwägung unter thunlichster Berücksichtigung aller bestehenden Verhältnisse lediglich nach Maßgabe der Gesammtinteressen des Volkes zu bemessen. In Konsequenz der vom Kaiser in der letzten Thronrede ausgesprochenen Meinung ist der Reichstag vor die Aufgabe gestellt, über die nothwendigen Aenderungen in der Wirthschaftspolitik des Reiches zu beschließen. Angesichts des täglich wachsenden Nothstandes erwartet die Versammlung, daß die Lösung dieser Aufgabe baldigst und jedenfalls noch im Laufe der gegenwärtigen Reichstagssession ihre Erledigung finden werde.

Darüber, ob die Resolution in dieser Form angenommen wurde und welche Debatten sich an dieselbe geknüpft haben, meldet das Telegramm nichts. Der Inhalt der Resolution ist aber geeignet, recht nachdenklich zu stimmen. Die ultramontane Partei hat in den letzten Tagen, anscheinend auf ein ausgegebenes mot d'ordre hin, in vielen Städten derartige Versammlungen ausgeschrieben und dabei einen Weg betreten, der unter den obwaltenden Umständen als praktisch anerkannt werden muß. Die Versammelten erklärten, daß sie im Allgemeinen auf dem Boden des Bismarck'schen Programms ständen, machten dann aber die konkreten Wünsche geltend, die sie auf Abänderung des ausgearbeiteten Tarifentwurfs zu stellen haben.

Dem gegenüber nimmt sich die oben mitgetheilte Resolution, die von liberalen Elementen entworfen ist, einigermaßen anachronistisch aus. Im Januar wäre sie uns vollkommen verständlich gewesen. Sie war eine Zustimmung zu dem Bismarck'schen Programm, wie es damals vorlag. Inzwischen ist der Tarifentwurf erschienen und die praktische Frage, die jetzt vorliegt, ist die, ob man diesem Tarifentwurf zustimmen soll, wenigstens in seinen Grundzügen und vorbehaltlich vereinzelter Abänderungen. Diese Frage umgeht die Kölnische Resolution; sie spricht davon, daß die Zölle nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung zu bemessen seien; sie setzt also voraus, daß diese Arbeit noch vor uns liege. Das deutet eben nicht darauf hin, daß der Tarifentwurf, der abgeschlossen vorliegt, in den Kreisen der Kölnischen Industriellen eine sehr lebhafte Zustimmung erworben habe. Ein anderes Antlitz zeigt, ehe sie begonnen, ein anderes zeigt die vollbrachte That.

— Wie „W. T. B.“ aus Konstantinopel vom 13. April meldet, soll der Tags zuvor abgehaltene Ministerrath definitiv die Theilnahme der Türkei an einer gemischten Okkupation Ostrumeliens abgelehnt, dagegen aber dem Projekte der Ernennung Aleko Paschas zum Generalgouverneur dieses Landes zugestimmt haben.

Die Wiener „Montags-Revue“ läßt die Nachrichten über die Gestaltung der Verhältnisse Ostrumeliens „sehr günstig“ lauten und betrachtet die Ernennung Aleko Paschas (Fürst Bogorides) zum General-Gouverneur mit der im Art. 28 des Berliner Vertrages vorgesehenen Befugniß, zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe osmanische Truppen herbeizurufen, als feststehend. Andererseits wird aber die Nachricht aufrecht erhalten, daß die Verhandlungen über die behufs der „gemischten Okkupation“ von den einzelnen Mächten zu stellenden Kontingente fortdauern. Oesterreich werde etwa 4000 Mann stellen, die Provinz Ostrumelien die Okkupationskosten bestreiten, die unter russischer Verwaltung organisirte Miliz aufgelöst und dadurch die für diese bestimmten Summen verfügbar werden.

Die ostrumelischen Bulgaren haben eine Deputation entsendet, um ihre Beschwerden und Wünsche den Regierungen der Vertragsmächte vorzutragen. Diese Deputation ist am 14. April zu Paris vom Konseilpräsidenten Waddington empfangen worden; sie erklärte namentlich, daß die Agitation aufhören würde, sobald die Bevölkerung die Zusicherung erhielte, daß die Türken auf dem rumelischen Gebiete nicht wieder erscheinen würden. Waddington erwiderte, die Regierung könne ihr Ohr keinen Beschwerden leihen, die gegen die Bestimmungen des Berliner Vertrages gerichtet seien.

Im „Pester Lloyd“ veröffentlicht der gründlichste Kenner der bulgarischen Verhältnisse, Herr F. v. Kanitz, einen längeren Artikel, in welchem er die verschiedenen Möglichkeiten der Instradirung des österreichisch-ungarischen Kontingents nach Ostrumelien einer Erörterung unterzieht. Er verwirft die Route Belgrad-Nisch-Pirot-Sofia-Ichtiman, weil sie durch Serbien und weiterhin durch das Fürstenthum Bulgarien, also „durch von einer zweifelhaften Bevölkerung bewohnte Gebiete führt, auf ihrer ganzen Länge nur die Möglichkeit von Fußmärschen biete und endlich so überreich an natürlichen Beschwerlichkeiten ist, weil sie die Hauptkette des Balkans durchschneidet.“ Ebenmäßig wird die Route Sistowa-Tirnowa-Schipka verworfen, weil auch sie Oesterreich-Ungarn „von der Vertragstreue und dem guten Willen der Bulgaren abhängig mache“. Die dritte Route, Novibazar-Mitrowitza-Weleze-Rhodopegebirge, würde mit der Besetzung des Sandschaks Novibazar sich verbinden lassen und hätte Oesterreich-Ungarn es dabei mit der Pforte allein zu thun; wie würde sich aber die albanesische Liga dazu stellen? kein Transport wäre davor sicher, in den schwierigen Gebirgspässen überfallen zu werden. So gebe es nur eine sichere Basirung — die einzige, die auch wir neulich hypothetisch in Erwägung zogen — auf den Hafen Dede-Agatsch und ein dort stationirtes englisches Geschwader; das österreichisch-ungarische Kontingent könnte dann von Triest und Fiume aus per Dampfschiff und demnächst per Eisenbahn nach Ostrumelien gelangen.

Herr von Kanitz macht ferner zur Bedingung

die strenge räumliche Sonderung der Kontingente, weil die gemeinsamen Garnisonen der k. k. Truppen mit den russischen Truppen sofort in Verwickelung gerathen würden; als Sitz des Brigadestabes schlägt er Philippopel vor; ferner müßten die Bahnstationen Tatar Bazardschik und Hermanlu, wie der Glopsu-Uebergang bei Tschurkurlu besetzt werden. Der Schluß des Artikels lautet: „Diese Gruppirung wäre ebenso wenig frei von Mängeln und bedenklichen Seiten, wie jede andere. Das ganze Unternehmen, die Exponirung einer einzelnen Brigade an und für sich ist ja schon ein problematisches Beginnen. Die angedeutete Instradirung und Kräftevertheilung böten aber wenigstens den Vortheil verhältnißmäßiger Sicherheit und der Beherrschung der Bahnlinie. Das Sicherste und Beruhigendste wäre jedenfalls, wenn die Diplomaten das ganze Projekt der „gemischten Okkupation" — achtungsvoll „zu dem Uebrigen" legen wollten."

— Nach einem Telegramm des „W. T.-B." aus Wien vom 15. April, Abends, meldet die „Polit. Corresp." aus Konstantinopel:

Eine vorgestern unter dem Vorsitze des Sultans stattgehabter Ministerrath, zu welchem auch die hervorragendsten türkischen Generale gezogen waren, beschäftigte sich mit der ostrumelischen Frage, mit der Konvention wegen Novibazar und mit der griechischen Frage. Auch einige albanesische Notabeln nahmen an dem Ministerrathe Theil. Es wurde beschlossen, in den nächsten Tagen die Berathung der Details der Konvention bezüglich Novibazars zu beginnen.

Eine Brigade ostrumelischer Miliz hatte Burgos besetzt.

Ausland.

Paris, 13. April. Die Budgetkommission hatte beschlossen, vom Etat des Kultusministeriums den wie alljährlich geforderten Kredit für die Staatsstipendien in den geistlichen Seminarien zu streichen und sodann auch die von dem Minister aufs Neue vorgeschlagene, im vorigen Jahre von der Kammer abgelehnte Erhöhung des Gehaltes einer bestimmten Kategorie von Pfarrern zu verweigern. Darauf hat der Kultusminister Lepere der Kommission vorgestellt, daß es unpolitisch sein würde, durch eine solche Maßregel die Weltgeistlichkeit gegen die Republik aufzuhetzen in dem Augenblicke, wo die Regierung es unternommen habe, die Ordensgeistlichkeit in die gesetzlichen Schranken zurückzuweisen. Der Minister hat bei dieser Gelegenheit eingehende Mittheilungen über die Agitation gegen die Unterrichts-Vorlagen gemacht, welche die Jesuiten und ihre Anhänger im ganzen Lande hervorgerufen haben, und sodann nachgewiesen, daß die Republik genug zu thun haben werde, um sich der Jesuiten zu erwehren, daß es daher dringend geboten erscheine, Alles zu vermeiden, was auch die niedere Weltgeistlichkeit veranlassen könne, sich an dem Kampfe zu betheiligen. Diese Auslassung des Ministers hat den gewünschten Erfolg gehabt; die Mitglieder der Kommission haben ihren ersten Beschluß umgestoßen und sowohl die Stipendien für die Seminaristen, wie die Gehaltserhöhung der Pfarrer gutgeheißen, was freilich nicht unbedingt heißen will, daß die Majorität der Kammer diesen „politischen" Beschluß auch genehmigen wird.

Was nun die Agitation gegen die Unterrichtsvorlagen anbetrifft, so haben die Kongregationen einen unerwarteten Bundesgenossen an dem Herrn Emile von Girardin gefunden, der seit einigen Tagen in seiner „France" eine „campagne en règle" gegen die Gesetzentwürfe des Unterrichtsministers begonnen hat, die absolute Unterrichtsfreiheit verlangt und feierlichst versichert, daß von den Jesuiten und von dem „schwarzen Gespenste" für die Republik nichts zu befürchten sei. Es ist erstaunlich, aber wahr, daß dieser Herr von Girardin auch heute noch eine bedeutende Einwirkung auf die öffentliche Meinung ausübt; die Jesuiten haben deshalb alle Ursache, sich zu dieser Bundesgenossenschaft Glück zu wünschen.

Amerika. Die südamerikanischen Zeitungen bringen eine Anzahl Nachrichten über den Krieg zwischen Chile, Bolivien und Peru, die freilich nur bis Mitte März reichen, also durch die telegraphischen Mittheilungen theilweise überholt sind. Danach hatte General Daza, der Präsident von Bolivien, den Einwohnern von La Paz eine Kriegssteuer von 10 Prozent auferlegt; die reicheren Kaufleute selbst sollen 50 Prozent angeboten haben. Die chilenische Zeitung „Patria" schätzt die Einwohnerzahl von Bolivien auf 2,325,000 Seelen, darunter vier Fünftheile Indianer, die zum Theil Spanisch, zum Theil aber noch ihre einheimischen Mundarten, das Quichua, Aimuru und Guarani sprechen. Das stehende Heer Boliviens wird auf 5000 Mann geschätzt, darunter 1000 Offiziere, doch will Daza jetzt 10,000 Mann auf die Beine bringen. Die peruanischen Panzerschiffe Huascar, Independencia und Manco Capac sind mit angeblich 3000 Mann nach dem Hafenort Iquiqui im südlichen Peru abgesegelt, welches der Stützpunkt der peruanischen Kriegsoperationen werden soll. Die Einwohnerzahl von Antofagasta, jener Stadt, um derentwillen der Krieg vorwiegend entstanden ist, beläuft sich auf 8500 Köpfe, darunter 32 deutsche und 23 österreichische Kaufleute.

Provinzielles.

Stettin, 16. April. Der frühere Direktor der königlichen Schauspiele in Berlin, Julius Heyn, ist am Ostersonntag Mittags im katholischen Krankenhause verstorben. Die „Trib." entwirft von dem Verstorbenen folgendes Lebensbild: Heyn widmete sich ursprünglich dem Baufach, bestand sogar das Examen als Baumeister, aber die Liebe zur dramatischen Kunst ließ ihn nicht ruhen, auf diesem Gebiet Lorbeeren zu pflücken, die sich für ihn indeß zur Dornenkrone gestalteten. Die übernommene Direktion des Stadttheaters in Stettin verführte ihn, seinen reichen Schatz an Phantasie zu verkörpern und seine pekuniären Mittel nicht nur gänzlich zu erschöpfen, sondern sich auch eine Schuldenlast aufzubürden, die ihn bis zum letzten Augenblick seines Lebens verfolgte. Im Anfang der 60er Jahre scheiterte eine eingeleitete Unterhandlung mit der Intendanz des königlichen Hoftheaters in Dresden, wo er die Stelle eines Oberregisseurs einnehmen sollte, an gewissen, der Erörterung sich entziehenden Verhältnissen; dagegen wurde er von der Intendanz des königlichen Hoftheaters zu Berlin als Oberregisseur der Oper, dann als Direktor des Schauspiels angestellt. Sein hiesiges Wirken als solcher ist bekannt. Die immer mißlicher sich gestaltenden Verhältnisse des begabten Leiters, vielleicht auch Kränklichkeit, veranlaßten seine Pensionirung. Seine letzten Tage widmete er der rein artistischen Leitung des Nationaltheaters, aber er machte schon, trotz seines erst zurückgelegten 58. Jahres, den Eindruck eines Greises, und seinen älteren Bekannten preßten sich bei seinem Anblick unwillkürlich die leise geflüsterten Worte über die Lippen: „Sic transit gloria mundi!"

— Herr Carl Rost zu Weißenfels ist auf einen zwölfjährigen Zeitraum zum Bürgermeister der Stadt Polzin gewählt und als solcher bestätigt worden.

Bergen, 14. April. Die in neuerer Zeit wiederholt auftauchenden Gerüchte über das Projekt eines Eisenbahnbaues auf unserer Insel haben nunmehr doch greifbare Gestalt angenommen und hat hier am Sonnabend eine Sitzung der Kreisdeputirten stattgefunden, in welcher dieselben sich, dem Vernehmen nach, mit der Eisenbahnfrage beschäftigt haben. Das Projekt soll dem nächsten Kreistage vorgelegt werden.

Demmin, 13. April. In der letzten General-Versammlung der hiesigen ornithologischen Gesellschaft „Aegintha" stellte der Vorsitzende, Dr. Schumann, die Frage: „Woran erkennt man bei der Gans resp. Ente das Alter?" Die Ansichten waren sehr verschieden. Von der einen Seite wurde z. B. behauptet, die Haut an den Füßen werde von Jahr zu Jahr gröber und faltenreicher; ferner war man der Meinung, daß am Schnabel das Alter zu erkennen sei. Den Anwesenden erschienen diese Ansichten mehr oder minder zweifelhaft und es wurde deshalb beschlossen, in den öffentlichen Blättern diese Frage aufzustellen und um Belehrung zu bitten. Dies ist auch der Zweck, weshalb wir hier diese Angelegenheit erwähnt haben. Sodann wurde darauf hingewiesen, wie groß der Unterschied des Eiergewichts der verschiedenen Hühnerarten sei. Das Ei eines gewöhnlichen Landhuhns wiegt nämlich circa 50 Gramm; das Ei von einem Italienerhuhn 60 Gramm; ein La flèche-Ei 80 Gramm; ein Houdan-Ei 85 Gramm; ein Crève-coeur-Ei 85 Gramm und ein Spanier-Ei 90 Gramm. Hoffentlich werden durch diese Mittheilung unsere Landleute immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß es für ihren Haushalt von wesentlichem Nutzen ist, wenn sie an Stelle des gewöhnlichen Landhuhns die eine oder andere der oben erwähnten Hühnerarten halten. — In Süddeutschland hat man jetzt angefangen, die Eier nicht mehr nach der Zahl, sondern nach Gewicht zu kaufen.

Vermischtes.

— Im Jahre 1806, so erzählt die „B. M.-Z.", verschwand hier in Berlin eines schönen Tages eine größere Anzahl von preußischen Fahnen, und ein offenbar inspirirter Zeitungsartikel berichtete, daß dieselben auf dem Alexanderplatze verbrannt worden seien. Da nun aber hiervon Niemand etwas gesehen hatte, die Fahnen auch nirgend, etwa in Feindes Hand, wieder zum Vorschein gekommen sind, so vermuthet man, dieselben könnten hier in Berlin irgendwo vor den Franzosen versteckt worden sein und hat zum Zweck der Wiederauffindung derselben kürzlich die Gewölbe unter der Garnisonkirche einer genauen Durchsuchung unterzogen. Hierbei sind nun zwar, da man in einen kleineren, fast unzugänglichen Raum nicht sofort einzudringen vermochte, die gesuchten Fahnen noch nicht aufgefunden worden; was man aber sonst bei dieser Gelegenheit vorfand, ist interessant genug, um weiter erörtert zu werden. Wir müssen uns heut begnügen, darauf hinzuweisen, daß in den betreffenden Gewölben, in denen schon 1872 durch eine Kommission einigermaßen aufgeräumt wurde, noch über 200 Särge sich befinden, von denen ein Theil in völligem Chaos, ein anderer Theil, wie die der 14 Marschälle, sehr gut erhalten ist. Die Leichen sind zum Theil mumificirt und gewähren in ihren wohl erhaltenen Kleidungen einen keineswegs grauenhaften Anblick.

— (Berliner Aquarium.) Der Chimpanse unseres Aquariums — gewöhnlich „Aujust" genannt — ist einer der muntersten Gesellen seiner Art. Er ergötzt mit seinem Spielgefährten, dem Hunde „Flock", das Publikum in angenehmster Weise. Man kann es auch wirklich ein belustigendes Schauspiel nennen, diese beiden Freunde in beispielloser Munterkeit den ganzen Tag über herumtollen, ununterbrochen sich hetzen zu sehen. Der Chimpanse ist unerfindlich in seinen Neckereien und macht so dem armen Flock das Leben herzlich sauer; bald zerren sie an einem Tuche, wobei der Eine sich immer mehr Mühe giebt als der Andere, dasselbe zu erhaschen; bald wälzen sie sich am Boden des Käfigs anscheinend einander heftig beißend, während keiner von Beiden es ernstlich meint. Der geräumige Käfig bietet aber auch hinlänglich Spielraum zum Jagen. Nicht selten entsteht hierbei ein mörderischer Spektakel, in welches sich dann noch das schallende Gelächter des Publikums mischt. — Schwerlich dürfte sich Jemand finden, — und wäre er noch so griesgrämig, — der durch dieses tolle Spiel nicht zum Lachen genöthigt wird.

— (Ein Findling in der Wiener Hofburg.) Es ist weder eine große staatliche, noch eine diplomatische Affaire, deren Geschichte in der Hofburg von Mund zu Mund ging und die daselbst lebhaftes Aufsehen verursachte. Es ist vielmehr ein in der Großstadt nicht seltenes Ereigniß, welches an anderem Orte vielleicht ganz unauffällig geblieben wäre. In der Hofburg machte die Sache indessen Sensation, und es ist daher billig, daß wir dem Eindrucke, welchen sie hier hervorbrachte, gerecht werden und gebührend davon Kenntniß nehmen. Gegenüber der Eingangspforte des Burgtheaters, unter dem Schwibbogen befindet sich eine schmale, fast unansehnliche Treppe, die „Batthyanyi-Stiege" benannt. Im Halbstocke dieser Treppe, im Winkel neben der Glasthüre wurde nun am Sonnabend von der auf dem Korridor postirten Wache ein Säugling gefunden, der in Linnen gehüllt, ganz erbärmlich piepte, als man desselben ansichtig wurde. Es war ein wenig Wochen altes Mädchen, und daneben lag ein Zettel, auf welchem die Worte standen: „Das Kind heißt Marie; ich habe es aus Noth hier zurückgelassen; ich empfehle es der Gnade Gottes und der Huld Ihrer Majestät der Kaiserin." Es ist selbstverständlich, daß man sich des armen Würmchens sofort mit großer Liebe und Sorgfalt annahm. Es wurde in die Wachtstube der Hofburgwache übertragen, wo der winzige Ankömmling unter den martialischen Gestalten nicht wenig Ueberraschung und Staunen verursachte. Man erschöpfte sich in allerlei Kombinationen, deren Ende indessen vorläufig war, daß man noch im Laufe des Abends den Säugling in die Findelanstalt brachte und ihn besonderer Obhut empfahl. Was nun die Mutter des Findlings selbst betrifft, ist man über dieselbe bis zur Stunde noch ganz im Unklaren. Der Posten auf der Batthyanyi-Stiege weiß eben nur zu erzählen, daß er kurz vor Auffindung des kleinen Mädchens eine ärmlich, aber sauber gekleidete Frau die Treppe habe passiren gesehen.

— (Eine Anekdote von König Wilhelm und Marschall Canrobert.) In einem soeben bei Didier erschienenen Werke: „Der Marschall Davoust, Geschichte seines Lebens, nach seinen eigenen und seiner Familie Aufzeichnungen, von der Marquise von Blocqueville, geb. von Eckmühl, finden wir folgende Anekdote: Als im Jahre 1867 der König von Preußen Paris und die Weltausstellung besuchte, wurde ihm der Marschall Canrobert als Adjutant beigegeben. Der König Wilhelm kam in die Tuilerien und wollte im Marschallsaale den Namen jedes einzelnen Marschalls des Kaiserreichs wissen, dessen Porträt dort aufgehängt war. So lange man ihm nur Soult, Suchet und Andere nannte, ging Alles gut; als er aber bei dem Porträt Davoust's anlangte, fragte er: „Und Dieser?" — „Davoust," antwortete der Marschall und suchte den König weiter zu führen. Dieser aber blieb stehen und fragte, als ob er es nicht wüßte: „Welchen Titel führte er?" — „Er war Fürst von Eckmühl", entgegnete Canrobert taktvoll, indem er nur an einen Sieg Davoust's erinnern wollte. Zu seiner nicht geringen Ueberraschung fuhr aber König Wilhelm fort: „Er hieß auch Herzog von Auerstädt, in Preußen weiß man das."

Viehmarkt.

Berlin, 15. April. Es standen zum Verkauf: 2429 Rinder, 4374 Schweine, 1256 Kälber, 8147 Hammel.

Der Auftrieb von Rindern war verhältnißmäßig nicht stark, doch konnte, da nach den Festtagen sich der Bedarf immer verringert und auch die bessere Waare überragte, eine Preiserhöhung, wie sie erhofft wurde, nicht eintreten. Prima 55 bis 58, Sekunda 51—54, Tertia 41—45 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schweine wurden, da der Auftrieb ein sehr geringer werden zu wollen schien, schon in den Festtagen lebhaft und zu wesentlich erhöhten Preisen gekauft; heute ließ die Nachfrage jedoch bedeutend nach, so daß durchschnittlich nur ein geringer Preisaufschwung festzustellen ist. — Mecklenburger 47 bis 49, Landschweine 45—46 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht. Russen und Bakuner fehlten.

Kälber wurden allmälig zu 45—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht geräumt.

Für Hammel konnten trotz des nicht starken Auftriebes keine höheren Preise aufkommen, da der jüdischen Feiertage wegen mehrere Exporteure nicht erschienen waren; es verblieb bei 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 15. April. Zu der in der heutigen Versammlung im Gürzenich vom Comité vorgeschlagenen, bereits gemeldeten Resolution beantragte Pauli an Stelle des zweiten Satzes dieser Resolution folgendes Amendement anzunehmen: „Zu diesem Zwecke muß der seit 1865 verfolgte Weg verlassen und ein System von Zöllen eingeführt, beziehungsweise wieder eingeführt werden, durch welches die direkten Steuern, welche die Gewerbetreibenden, besonders die Landwirthschaft, in ungerechtfertigter Höhe belasten, zum Theil ersetzt und alle von der internationalen Konkurrenz gefährdeten Gebiete der vaterländischen Produktion hinreichend geschützt werden."

Bremen, 15. April. Heute Nachmittag fand eine außerordentliche Versammlung des Kaufmannkonvents statt, welche von über 700 Mitgliedern der hiesigen Börse besucht war. Der Reichstagsabgeordnete Mosle trat in längerer Rede für die Einführung der surtaxe d'entrepôt ein. Nach dreistündiger Debatte wurde der die Surtaxe völlig ablehnende freihändlerische Standpunkt der Handelskammer von der Versammlung gegen eine unbedeutende Minorität angenommen.

Dresden 15. April. Aus Anlaß der glücklichen Lebensrettung des Kaisers Alexander aus Mörderhand hat heute Mittag hierselbst in der russischen Kirche ein feierliches Tedeum stattgefunden, welchem unter allgemeiner Theilnahme der Bevölkerung im Auftrage und in Vertretung Sr. Majestät des Königs der Oberkammerherr v. Gersdorf beiwohnte. Auch das diplomatische Korps und die Staatsminister waren anwesend.

Augsburg 15. April. Die „Allg. Ztg." veröffentlicht ein Communique, in welchem positiv mitgetheilt wird, daß zwischen Baiern und Hessen seit längerer Zeit Verhandlungen schweben behufs Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Unterfranken und der Pfalz. Die in Betracht kommende Linie wäre von Aschaffenburg über Darmstadt und Worms nach Frankenthal.

Stuttgart, 15. April. Anläßlich der glücklichen Errettung des Kaisers Alexander fand heute in der griechischen Kapelle des Schlosses ein feierliches Tedeum statt, an welchem auf Einladung des Königs und der Königin der gesammte Hof theilnahm.

Wien, 15. April. Die Wiener „Abendpost" schreibt: „Mit ihrem Monarchen nehmen die Völker Oesterreichs einen innigen Antheil an dem Geschicke des russischen Kaiserhauses und aufrichtig ist ihre Freude darüber, daß die verabscheuenswürdige und die Civilisation der Zeit schändende That glücklich vereitelt wurde."

Wien, 15. April. In Szegedin hat in der Sonntagnacht ein wüthender Sturm die Restaurations-Arbeiten furchtbar beschädigt und 60 Schlagwerke zerstört, sowie 6 Stehschiffe mit Proviant und Material zum Versinken gebracht.

Aus Moskau wird gemeldet, daß dort große Entrüstung im Panslavistenlager gegen die Regierung wegen des Verbots des geplanten großen Slaven-Kongresses herrscht. Derselbe soll trotzdem nun in Belgrad am 18. Mai stattfinden.

Paris, 15. April. Der „Temps" meldet, die englische und die französische Regierung hätten sich dahin verständigt, den gegenwärtigen französisch-englischen Handelsvertrag, welcher am 31. Dezember c. zu Ende geht, auf weitere 6 Monate zu verlängern, um auf diese Weise dem französischen Parlamente Zeit zu lassen, den allgemeinen Zolltarif zu berathen und über den neuen Handelsvertrag in Verhandlung zu treten.

Rom, 15. April. Sämmtliche Journale brandmarken auf das Heftigste das Attentat auf den Kaiser Alexander. Die hiesige russische Kolonie richtete ein Glückwunsch-Telegramm an den Kaiser.

Dem Tedeum, welches gestern Nachmittag in der Kapelle der russischen Botschaft abgehalten wurde, wohnten Vertreter des Königs und der Königin, des Ministeriums, sowie die Botschafter und andere Notabilitäten bei.

London, 15. April. Die neue egyptische Regierung befahl dem Postmeister in Egypten, Pamphlete zu öffnen und zu beschlagnahmen, welche einen Bericht der Untersuchungskommission enthalten. Der Postmeister protestirte dagegen und bemerkte: „er werde nun den europäischen Regierungen nicht länger die Abschaffung ihrer Postämter in Egypten anrathen." Der betreffende Bericht empfiehlt Zinsen-Reduktion und datirt Egyptens Bankerott vom 2. April 1876.

Petersburg, 15. April. Die Stadt ist in allen Theilen auf das festlichste geflaggt. Die Freude über die glückliche Errettung des Kaisers giebt sich durch fortgesetzte Ovationen kund, auch dürfte Abends wieder eine allgemeine Illumination stattfinden. Ueber das Attentat werden noch folgende Details bekannt. Der Verbrecher, der nach weiteren Ermittelungen den Namen Solowjeff führen und etwa 30 Jahr alt sein soll, gab zunächst drei Schüsse auf Se. Majestät ab und feuerte alsdann zum vierten Male, bereits am Boden liegend, wobei, wie gemeldet, ein Schutzmann leicht gestreift wurde, alsdann erfolgte die Abführung nach dem Gebäude der Polizeipräfektur (Stadthauptmannschaft). Se. Majestät der Kaiser begab sich in der Equipage des sofort herbeigeeilten Platzmajors und begleitet von demselben nach dem Winterpalais, woselbst nach wenigen Minuten bereits sämmtliche Mitglieder der kaiserlichen Familie erschienen. Ebenso fanden sich in kürzester Frist tausende von höheren Militärs und Civilbeamten, sowie Mitglieder des diplomatischen Korps daselbst ein. Der Kaiser hörte um 11 Uhr wie gewöhnlich die Messe, um 12 Uhr wurde ein Dankgebet in der großen Kirche des Winterpalais abgehalten. Inzwischen hatten alle im Palais erschienenen Personen im weißen Saale Aufstellung genommen. Es war ein unbeschreiblicher Moment voll von tiefer Rührung und freudigem Jubel, als der Kaiser die Kirche verlassend die Säle durchschritt und zuletzt in dem weißen Saale eintraf, wo er den Anwesenden seinen Dank für ihre Theilnahme aussprach. Der Kaiser war augenscheinlich ergriffen, aber doch auch fest, ruhig und von gewohnter Milde und Freundlichkeit. Als sich der Kaiser um 3 Uhr nach der Isaak'schen Kathedrale begab, um dort ein Dankgebet zu verrichten, befand er sich in seiner gewöhnlichen offenen zweispännigen Equipage und war ohne jede Begleitung.

Konstantinopel, 15. April. Die Antihassunisten haben an die Pforte das Verlangen gestellt, ihnen die Ermächtigung zur Wahl eines neuen Patriarchen zu verleihen.